

Bericht vom Soziologentag

Bericht über die Arbeitssitzung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ beim 18. Deutschen Soziologentag in Bielefeld (28.9. – 1.10.1976)

Alternativen zur Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik

Dem Soziologentag stand folgende Widmung im Programm: Er „soll in ausgewählten Bereichen die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Problemen und der soziologischen Beschäftigung mit ihnen deutlich machen. Dadurch soll erkennbar werden, daß und in welchem Ausmaß Soziologie nicht nur eine Wissenschaft von der Gesellschaft, sondern auch für die Gesellschaft ist. Die für das vergangene Jahrzehnt charakteristische Popularisierung jener Formen von Gesellschaftskritik, die auf eine Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung zielten, darf nicht den Blick dafür trüben, daß der weit aus überwiegende Anteil soziologischer Forschungsarbeit darauf gerichtet war und ist, zum Erkennen und zur Bewältigung der Probleme unserer Gesellschaft beizutragen. Hierfür ist, einer langen Tradition der Soziologie entsprechend, kritische Auseinandersetzung mit Gesellschaft unabdingbare Voraussetzung.“

„Programmatisch“ wird damit ein Konflikt umschrieben, der die Soziologie derzeit beherrscht. Als kritische Gesellschaftswissenschaft durch Mittelknappheit, Berufsverbote usw. bedroht, setzt sich einerseits mit der Favorisierung von Forschung ein ganz neuer „Praxisbezug“ durch: das vorrangige Interesse daran, die Erarbeitung von Rezepten anzubieten, ist die Reaktion vieler Soziologen auf die in der BRD ablaufende systemtypische Verarbeitung der krisenhaft zugespitzten ökonomischen und politischen Entwicklung. Andererseits stellt sich die Notwendigkeit theoretischer Arbeit um so deutlicher, gerade um sich aktiv auf diese aktuellen gesellschaftlichen Probleme beziehen zu können. Dabei ist manchen Soziologen klar, daß Defizite im Erklärungsvermögen gerade Resultat der für die BRD spezifischen Bedingungen sind und nicht noch zum Vorwand dafür genommen werden können, Theorie sei so entbehrlich wie sie eben unentwickelt ist. Der Aufruf zum Soziologentag trennt bereits genau die zwei Seiten, die erst eine – im Sinne der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft – kritische Sozialwissenschaft ausmachen; gleichsam befreit vom politisch unbequemen Ballast konnte sich dabei die pragmatische Soziologie auch real als die legitime

darstellen. Wenn dennoch klar werden konnte, was der Soziologie in der BRD erst droht, wenn sie theorieelos, d.h. kritisch gegenüber der spezifischen Gesellschaftsform und ihrer Fort-Bewegung wird, so ist doch insgesamt die beschworene „kritische Auseinandersetzung mit Gesellschaft“ qualitativ noch eher eine Leerformel geblieben.

Inwieweit die Soziologie thematisch nun aktuell und gesellschaftlich relevant ist, kann an der Arbeitstagung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ deutlich werden. Die ambitionierte Themenstellung fordert dazu heraus, die Soziologen beim Wort zu nehmen: Es interessiert die Leistungsfähigkeit für die Erklärung räumlicher Entwicklungsprozesse die zu besonderen sozialen Problemen führen und auf die von ihren gesellschaftlichen Ursachen her Einfluß genommen werden soll. Was nun Aktualität und Leistungsfähigkeit in diesem Sinne anbelangt, war die Arbeitstagung zumindest sehr heterogen:

1. L. Vaskovics trug Thesen zur „Segregation sozialer Randgruppen (Probleme der kleinräumigen residentialen Segregation)“ vor. Ausgangspunkt sind die durchaus aktuellen Probleme der Wohnungsverordnung ökonomisch schwacher Bevölkerungsgruppen; behandelt werden sie mit Hilfe der „soziologischen Theorien“ von Schelsky über soziale Schichten und der Chicagoer Schule zur Bestimmung von Randgruppen anhand der Homogenität und des Standortes ihrer Wohngebiete (Ghetos). Die beharrliche Anwendung von „Theorien, die zwar ehrwürdig sind, jedoch in ihrer Abstraktion von der ökonomischen Bestimmtheit sozialer Phänomene auch jeglichen Erklärungsversuch verbieten, kann zu nichts anderem führen als zu einem – im wahren Sinne des Wortes verkehrten Befund: „gerade am Beispiel der sozial Schwachen läßt sich nachweisen, daß diese kleinräumige Segregation eine wesentliche Ursache ihrer Randgruppenbildung darstellt.“
2. Ähnlich verhält es sich mit den Thesen von J. Friedrichs zur „Suburbanisierung in der BRD“, d.h. zum Prozeß der Ausweitung städtischer Gebiete in

Form der Expansion außerhalb der Kernstädte und der Dezentralisierung. Der Verlauf dieser Entwicklung interessiert wegen der dadurch auftretenden Umwelt- und Planungsprobleme; er soll beschrieben werden durch den empirischen Nachweis bestimmter Erscheinungen, die in den USA bereits aufgetreten sind. Also in der impliziten Annahme, daß infolge ansich gleicher gesellschaftlicher Verhältnisse „in hoch-industrialisierten Ländern“ auch analoge Prozesse ablaufen werden. Für Randwanderung und Herausbildung von Subzentren meint Friedrichs diese Annahme bestätigt zu sehen. Relativ gering wird etwa die Abweichung bewertet, mit der sich Siedlungsgebiete in der BRD stärker durch „die Zunahme von Mehrfamiliengebäuden als von Ein- und Zweifamiliengebäuden“ ausweiten. Damit ist jedoch das „Material“ der Siedlungsentwicklung benannt: Gebrauchswerte als Ausdruck der für die BRD nochmals spezifischen Durchsetzung eben nur „ansich gleicher“ ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und dennoch ist dies nicht Anlaß genug, die Frage der Gesetzmäßigkeit solcher Phänomene nochmals ganz exakt zu stellen und im Kontext der ökonomischen Entwicklung – z.B. von Baukapital und Grundrente – in der BRD zu behandeln.

3. Über die „Wandlungen architektonischer Verständigung über Räume“ berichtete P. Gleichmann. Die Untersuchung des Wandels in der Darstellungsweise bau- und stadtplanerischer Projekte stellt schon einen erheblichen thematischen Sprung dar. Den Befunden einer „Entsinnlichung und Horizontverschiebung“, Bruchs der Tiefendimension oder „Verschränkens von Zeichnung und Diskurs“ sollten zwar Erklärungen folgen, die auf den jeweiligen Bedingungen des Bauproduktionsprozesses beruhen – es blieb jedoch bei soziologischen Erklärungen. Bestimmte Phänomene wurden aufgrund ihres räumlichen Bezuges bzw. der „Verortung ihres sozialen Kontextes“ selbst erklärt, also über eine Systematisierung von Ausdrucksformen statt durch die systematische Erschließung ihrer Verursachung. Das mag daran liegen, daß Gleichmann den Aussagewert bau- und stadtplanerischer Projektierungsvorlagen im Interesse einer Verständigung zwischen Architekten und Soziologen untersuchte – nicht der zwischen diesen Planern und den Betroffenen. Damit wird auch die politische Aktualität dieser soziologischen Arbeit zweifelhaft: brisant und auf eine „Lösung“ drängend wäre doch z.B. das Problem, die von Sanierung be-

troffenen Mieter und Kleineigentümer schon mit Darstellung etwa der Bestandsbewertung eindeutig auf die Aussagen über ihren jeweiligen Standort hinzuweisen – und damit frühzeitig auf die Konsequenzen, die sich grundsätzlich daraus ergeben können.

4. Demgegenüber sind die von H. Häußermann vorgetragenen „Thesen zur Untersuchung der Wohnverhältnisse von lohnabhängig Beschäftigten“ das Ergebnis einer Arbeit, die der sozial- wie planungspolitisch höchst aktuellen Frage der Infrastrukturausstattung klassenmäßig unterschiedener Wohnviertel gewidmet war. Ausgangspunkte der Untersuchung sind die unbestreitbare soziale Segregation und die Erkenntnis, daß das Reproduktionsniveau über alle marktvermittelten Bestandteile – darunter insbesondere die Wohnung – direkt durch das individuelle Einkommen festgelegt wird. Diese gesellschaftlich abgeleitete Grundlage „wohngebietlicher Segregation“ sozialer Verhältnisse ist „Ausgangspunkt zur Überprüfung der Frage, ob von den Mängeln der kollektiv finanzierten Daseinsvorsorge alle Bürger gleichermaßen betroffen werden.“ Die (von H. Faßbinder, Häußermann und W. Petrowsky angefertigte) Untersuchung über die Ausstattung von Arbeiter- und bürgerlichen Vierteln in Bremen mit Infrastruktur ergibt, daß „das Muster sozialer Segregation im Stadtgebiet . . . der Verteilung infrastruktureller Einrichtungen in diesem Sinne“ entspricht. Die Arbeit stellt insofern eine „Herausforderung an die theoretische und praktische Leistungsfähigkeit der Soziologie“ dar, als sie sich auf unmittelbar auseinandersetzt mit einer soziologischen Theorie, die für diese Diskussion bestimmend geworden ist: Mit der Disparitätentheorie von der zunehmenden Bedeutung horizontal wirkender Ungleichheiten, so daß „den Mangelerscheinungen und Defekten des Gesamtsystems . . . nahezu alle Bürger wenn nicht in strikt gleicher so doch in gleichermaßen unentrinnbarer Weise ausgesetzt“ sind. Die Auseinandersetzung besteht nun nicht darin, innere Widersprüche dieser Theorie aufzudecken, sondern in einer Besinnung auf beste gesellschaftswissenschaftliche Traditionen, nämlich in dem Versuch, die wirklichen Verhältnisse nachzuzeichnen, deren gesetzmäßige Herausbildung ja in einer Theorie nur ausgedrückt werden soll. Der Befund, daß „der Ausschluß von Arbeitern von einem durchschnittlichen Reproduktionsniveau . . . ökonomisch, sozial und räumlich vermittelt, die Betroffenheit durch „Mangelsituationen des Gesamtsystems also höchst selektiv

ist“, stellt somit die Disparitätentheorie auf die Füße der Realität.

5. K.H. Tjaden schließlich geht mit seinen Thesen über „Die räumliche Ungleichmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung als theoretisches Problem“ sehr direkt auf die Fragestellung der Arbeitstagung ein. Die Ergebnisse eigener sozialwissenschaftlicher Untersuchungen dienen hier insbesondere zur Illustration für den Anlaß dazu an bestimmte beobachtbare räumliche Entwicklungen mit Kenntnissen über die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse heranzugehen, die in diesem Territorium herrschen; die Ergebnisse dienen auch zur Illustration dafür, wo die Erklärungsdefizite liegen und unter Zuhilfenahme welcher Fragestellungen, welcher Kategorien die Gesellschaftswissenschaften dazu beitragen könnten, diese Defizite im Sinne einer Orientierung an den realen sozialen Problemen und ihrer Bearbeitung abzubauen. Der Beitrag von Tjaden hat gerade durch die Deutlichkeit, mit der er auf das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften und die praktisch-politische Bedeutung von Theorieentwicklung im Sinne der Analyse und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft eingeht, einen besonderen Stellenwert innerhalb dieser Tagung gehabt.

Mit diesen fünf Beiträgen hat sich die Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ in

Karl-Hermann Tjaden

Die räumliche Ungleichmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung als theoretisches Problem.

Die gesellschaftliche Entwicklung in Europa ist bekanntlich vor allem seit der kapitalistischen Industrialisierung durch eine räumliche Unausgewogenheit gekennzeichnet, die sich kurz als ungleichmäßige Verteilung von Beschäftigten, Arbeitsstätten und gesellschaftlichem Produkt und als entsprechende Unausgeglichenheit der Bevölkerungs-, Siedlungs-, Ressourcen- und Infrastruktur in Bezug auf das Gesamtgebiet einer Gesellschaft kennzeichnen läßt.¹ Diese großräumige Unausgewogenheit der gesellschaftlichen Entwicklung ist mit der Entfaltung des industriellen Kapitalismus stärker und umfassender zutage getreten. Sie hat sich zumal in den letzten Jahrzehnten im gesamt-westeuropäischen Maßstab verstärkt und zu zunehmender ökonomischer und sozialer Ungleichheit zwischen den nordwest-europäischen Wachstumszentren und der Peripherie der westeuropäischen Länder geführt.² Die Bundesrepublik Deutschland, in der geschichtliche Vorbedingungen sowie Sonderentwicklungen wie die massenhafte Zuwanderung, die Teilung Deutschlands und später eine zeitweilige Verknappung der Arbeitskräfte zu einer etwas gleichmäßigeren räumlichen Verteilung der industriellen Standorte als etwa in

der Deutschen Gesellschaft für Soziologie der interessierten Fachöffentlichkeit präsentiert. Die „Herausforderung an die praktische und theoretische Leistungsfähigkeit der Soziologie“ stellt sich abschließend tendenziell als Provokation der tatsächlichen „aktuellen räumlichen Entwicklung“ dar, d.h. der mit ihren verbundenen sozialen Probleme und der in ihnen zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Provokativ durch die teils ignorante, teils dürrtige Art und Weise, wie Soziologen bereit sind, darauf mit wissenschaftlichem Arbeitsvermögen zu reagieren. Angesichts eines in vielen Bereichen bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes können diese Defizite nicht kurzerhand allein der gesellschaftlichen Behinderung kritischer Sozialwissenschaften angelastet werden. Eher scheint es so, als setze sich auch in dieser Sektion die Reaktion vieler Soziologen auf die in der BRD ablaufende systemtypische Verarbeitung der krisenhaft zugespitzten ökonomischen und politischen Entwicklung mit der problemlos verwertbarer Forschung durch (zumindest wurde in der Abschlußveranstaltung ein Mangel an Frühwarn-Kapazitäten für diesen Bereich beklagt). Bleibt damit die an sozialen Problemen orientierte „kritische Auseinandersetzung mit Gesellschaft“ auf der Strecke, so stellt sich aus der Sicht der Stadt- und Regionalplanung allerdings die Frage nach der Perspektive einer Kooperation mit diesen Sozialwissenschaften.

Großbritannien oder in Italien geführt hatten, hat gleichwohl an der räumlichen Verzerrung gesellschaftlicher Entwicklung im westeuropäischen Maßstab Anteil. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß in diesem Lande bestimmte hochverdichtete Gebiete, insbesondere die Räume Köln, Frankfurt-Mannheim und München in besonderem Maße mit allgemeinen und besonderen Produktionsbedingungen ausgestattet sind und sich eher übermäßig entwickeln, während große Teile vor allem der nördlichen und östlichen Randräume der BRD demgegenüber ihrer siedlungs- und infrastrukturellen Ausstattung, ihrer Wirtschaftskraft und dem verfügbaren Einkommen nach als eher unterentwickelte Gebiete gelten müssen und daß sich diese Ungleichheit sehr wahrscheinlich weiter verschärfen wird.³

Die raumbezogenen staatlichen Eingriffe in den sozialökonomischen Prozeß haben die teils räumliche Unterentwicklung bzw. Überentwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte offenbar allenfalls bremsen, aber nicht verhindern können. Dies zeigt beispielsweise die Betrachtung der räumlichen Ausprägungen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung in einem Land wie Hessen, das über ein verhältnismäßig gut ausge-